

Prof. Dr. P. Feudell, Direktor der Neurologischen Klinik:

In ihrer Prager Deklaration haben die Repräsentanten der Staaten des Warschauer Vertrages nicht nur eine sehr nüchterne Analyse der sich immer mehr zuspitzenden internationalen Lage vorgebracht, sondern sie haben ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie insbesondere jene Gefahren für den Frieden zu bannen sind, die sich aus dem Wettrennen um die Kernwaffen im Mittelpunkt stehen, ist allgemein bekannt. Als Ärzte fühlen wir uns in zweifacher Hinsicht besonders berührt und angesprochen.

Zum einen ist es unsere Aufgabe, Leben zu erhalten und Leben zu schützen, zum anderen kennen wir wohl am besten die furchtbaren Wirkungen, die ein Atomkrieg zur Folge haben würde. Wir bringen kein Verdict dafür auf, daß noch immer der Wettlauf um eine vermeintliche militärische Überlegenheit anhält. Genügt doch schon ein Bruchteil des bereits vorhandenen nuklearen Waffenspotentials, um unseren Erdball in Schutt und Asche zu verwandeln. Wenn ich höre oder lese, was die Rüstung täglich kostet und welche nicht nur ökonomischen Anstrengungen sie erfordert, dann muß ich stets daran denken, wieviel besser und wirksamer mit diesen Mitteln Krankheiten bekämpft und der Hunger und Bildungsmanipel in vielen Teilen der Welt beseitigt werden könnten.

An Bemühungen, eine Wende zum Besseren herbeizuführen, hat es seitens der Sowjetunion auch in der Vergangenheit nicht gefehlt. Der ausgesprochene Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen gehört mit Genuß. Die im Warschauer Vertrag vereinigt

ten Staaten haben nun aufs neue an die Welt appelliert, das Wettrennen einzustellen und haben dazu Vorschläge unterbreitet, von denen eine Stabilisierung der internationalen Lage zu erwarten steht. Diese in der Deklaration enthaltenen Vorschläge entspringen der Einsicht in Notwendigkeiten, sind von der Vernunft diktiert und signalisieren die Bereitschaft zur Verständigung. Es bleibt nicht nur zu hoffen, sondern ist vielmehr zu fordern, daß die Deklaration auch von denen so aufgefaßt und verstanden wird, an deren Adresse sie gerichtet ist.

ÄRZTE FÜR DEN FRIEDEN

Klinikdirektoren schreiben an das Komitee der Ärzte der DDR zur Verhütung des nuklearen Krieges

Prof. Dr. sc. Dr. J. Weiskopf, Direktor der Poliklinik für orthopädische und prothetische Stomatologie:

Medizin und Politik sind vielfältig verbunden, dienen sie doch letztlich einem gemeinsamen Bewahrungsauftrag, nämlich das menschliche Leben im einzelnen und gesamten zu erhalten. Krankheit und Krieg vernichten Leben und seine Ausdrucksformen. Ihnen gilt unser leidenschaftlich geführter Kampf.

Es erscheint logisch und ist auch in der UN-Charta verankert, daß jedes Volk und jeder Staat berechtigt ist, seine Rechte zu schützen. Mißachtung aber der Gleichberechtigung, Souveränität und territorialen Unantastbarkeit

einerseits, Furcht vor Ungleichgewicht andererseits führten zur ständigen Steigerung der militärischen Macht. Allmählich besteht ein solch hohes Potential, besonders an Kernwaffen, daß die moralische Begründung, einen Angriff durch Abschreckung zu verhindern, immer mehr zurücktritt hinter dem Risiko eines unverantwortlichen oder irrtümlichen Einsatzes. Demnach kann weitere Rüstung einfach nicht mehr hingenommen werden.

In dieser ständigen gefährlicher werdenden Phase treten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mit einer politischen Deklaration vor die Weltöffentlichkeit.

Nach einer Analyse der Lage werden völkerrechtliche Grundsätze erneut herausgestellt, denen uneingeschränkt zugestimmt werden kann: „Es gibt weder globale noch regionale Probleme, die nicht mit friedlichen Mitteln gerecht gelöst werden könnten.“ „Es ist nicht möglich, die Kriegsgefahr zu vermindern, ohne ein Klima des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten zu schaffen.“ Um reale Lösungen zu ermöglichen, wird trotz aller Schwierigkeiten die Hand entgegen gestreckt und eine Fülle von vertraglichen Regelungen angeboten. Wichtig erscheint mir dabei der Vorschlag, die beiden Bündnisse – und als ersten Schritt

ihre militärischen Organisationen – aufzulösen, einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen sowie die direkte gegenseitige Kontrolle zu regeln. Allen, also auch den nichtpaktgebundenen Staaten wird der Beitritt zu solchen Verträgen empfohlen.

Voller Hoffnung erwarte ich, daß in Genf auf diesem Angebot bauend Schritt für Schritt Verträge über Rüstungsbegrenzung und -abbau, über Nichtanwendung von militärischer Gewalt und Kontrolle abgeschlossen werden.

Prof. Dr. sc. med. F.-W. Oelen, Direktor der HNO-Klinik:

Sowohl als Arzt und Wissenschaftler als auch als Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU begrüße ich alle Bemühungen um die Erhaltung und Festigung des Friedens. Als Teilnehmer des zweiten Weltkrieges sind mir die Schrecken des Krieges und seine furchtbaren Folgen noch allzu deutlich in Erinnerung.

Es sollte uns allen klar sein, daß Lippenbekenntnisse nicht genügen, sondern aktives Handeln notwendig ist. Deshalb halte ich die „Politische Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages“ für eine hervorragende Grundlage für die Bannung der Kriegsgefahr. Besonders begrüße ich den Vorschlag zur „gegenseitigen Verpflichtung der Teilnehmerstaaten beider Bündnisse, als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt anzuwenden“ und „ein Klima des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten zu schaffen“.

Fragen, die uns bewegen - Argumente, die wir brauchen

Vielfache Forderung nach Frieden und Abrüstung

Ergebnisse der 37. UN-Vollversammlung

Ein charakteristischer Vorgang im Verlauf der 37. UN-Vollversammlung Ende vergangenen Jahres: An der Abstimmungstafel erscheint das „NO“ der USA, in vielen Fällen in bezeichnender Isoliertheit und entlarvender Allianz mit Israel.

Die Sitzungsperiode der 37. UN-Vollversammlung wurde am 21. Dezember 1982 von ihrem Präsidenten, Imre Hollai (Ungarische VR), abgeschlossen. Die Delegationen aus 157 Staaten der Erde können auf ein umfangreiches Arbeitspensum verweisen. Die Rekordzahl von 142 Tagesordnungspunkten macht das deutlich.

Als wichtigstes Ergebnis der zu Ende gegangenen Session kann bezeichnet werden, daß die überwiegende Mehrheit der Staaten zur Grundfrage unserer Zeit, zur Erhaltung des Friedens, eine positive und konstruktive Haltung einnimmt und diese auch in einem entsprechenden Abstimmungsverhalten zum Ausdruck

ren unter anderem der sowjetische Vorschlag für den Abschluß eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen, die von der DDR initiierten Resolutionen über das Verbot der Neutronenwaffen und das Verbot der chemischen Waffen sowie die Feststellung der Pflicht der Staaten zu Abrüstungsverhandlungen.

In diesen von der Vollversammlung verabschiedeten Dokumenten wurde – und das ist besonders wichtig – im Rahmen der UNO die ungefähre Gleichheit der Kernwaffenpotentiale der UdSSR und der USA konstatiert. Das ist als klare und eindeutige Absage an die imperialistische Lüge von einer angeblichen sowjetischen Bedrohung zu werten.

Die im Dezember zu Ende gegangene UN-Vollversammlung hat sich auch mit anderen, die Staaten interessierenden Fragen

„Gegen imperialistische Konfrontationspolitik“ – Wissenschaftler des IIS zu Grundfragen der internationalen Klassenaueinandersetzung

Das Verhalten zum Ausdruck bringt. Allen Beobachtern der 37. UN-Vollversammlung wurde deutlich gemacht, daß die Staatensicherheit kein Interesse an einer Verschlechterung der internationalen Lage hat und deshalb entschlossen ist, der imperialistischen Politik der Hochrüstung und Konfrontation Widerstand entgegenzusetzen und als Alternative den Kurs der Entspannung und der Sicherung des Friedens fortzusetzen. Ungeachtet der unterschiedlichen Auffassungen zu dieser oder jener konkreten Frage kann festgestellt werden, daß sich die weitgehende Übereinstimmung zwischen sozialistischen und nichtpaktgebundenen Staaten weiter ausprägt hat.

Es dominierte der gemeinsame Wille zur Lösung des Hauptproblems unserer Zeit – der Sicherung des Friedens. Zu diesem Zweck wurden viele Vorschläge und Resolutionsentwürfe unterbreitet. Wenn auch Resolutionen der UNO in der Regel keine Rechte und Pflichten der Staaten hervorbringen und als politische Willenserklärung der Staaten nicht zwangsläufig und automatisch zu Resultaten und Ergebnissen in der Praxis führen, so haben sie doch große Bedeutung im internationalen Klassenkampf. An Resolutionen der UNO wird deutlich: Das ist der Wille der überwiegenden Mehrheit der Staaten und gleichzeitig die Meinung der Weltöffentlichkeit. Aus diesem Grunde ist es heute für die NATO-Staaten nicht mehr ohne weiteres möglich, eine absolut destruktive Haltung einzunehmen. Dennoch war die 37. UN-Vollversammlung den permanenten Versuchen der USA und ihrer NATO-Verbündeten ausgesetzt, substantielle Ergebnisse durch Druck und Erpressung, Drohungen und diplomatische Manöver zu verhindern. Daß ihnen das nicht gelang, ist ein Ergebnis des aktiven Wirkens der sozialistischen Staaten und der Unterstützung der nichtpaktgebundenen Staaten für den Katalog konstruktiver Maßnahmen. Ausdruck dessen ist die Anzahl der „Nein“-Stimmen der USA zu Resolutionen der Vollversammlung. Waren es 1981 insgesamt 74, so stiegen sie 1982 auf mehr als 90 Fälle.

Die zahlreichen Initiativen der sozialistischen Länder zur Erhaltung des Friedens, zur Abrüstung, zur internationalen Zusammenarbeit und der Verbesserung des internationalen Klimas fanden breite Zustimmung und ihre Bestätigung durch die Annahme entsprechender Resolutionen.

Zu diesen Resolutionen gehö-

beschäftigt. Breiten Raum nahmen die Ausprägungen über noch existierende internationale Konfliktherde ein. Auch hier zeigte sich, daß die Frage nach der Erhaltung des Friedens als „politische Wasserscheide“ anzusehen ist. Angesichts der erschütternden Ergebnisse in Libanon standen Fragen der Regelung des Nahostkonflikts naturgemäß im Mittelpunkt. Neben 49 Sitzungen des Sicherheitsrates und speziellen Tagesordnungspunkten mußten im Verlaufe des vergangenen Jahres auch mehr Sondertagungen der Vollversammlung diesem Problem gewidmet werden. In den dazu mit eindeutiger und überwältigender Mehrheit angenommenen Resolutionen wurde der bekannte Standpunkt der Staatengemeinschaft bekräftigt. Die USA und Israel stimmten permanent dagegen. Die unheilige Allianz beider Staaten wurde erneut entlarvt. Die Apartheidpolitik Südafrikas, die Aggressionsakte gegen seine Nachbarn wurden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Gefährdung des Weltfriedens verurteilt. Besonderer Kritik war die Gewährung eines Kredites in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar durch den von den imperialistischen Staaten beherrschten Internationalen Währungsfonds ausgesetzt. Mit ihrer Gesamtstimme zu der entsprechenden Resolution stellten sich die USA, die BRD und Großbritannien als Förderer der aggressiven Politik Südafrikas bloß.

Aus der Erörterung der Konflikte in der Karibik und im Südatlantik konnte die Staatengemeinschaft wichtige Schlüsse über den Charakter imperialistischer Großmachtspolitik ziehen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die 37. UN-Vollversammlung einen hervorragenden Beitrag zur Lösung der Grundfragen unserer Zeit geleistet hat. Erneut wurde sichtbar, daß der Sozialismus bei der Sicherung des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker und Staaten, bei der Gestaltung ökonomischer Beziehungen auf demokratischer und gegenseitig vorteilhafter Grundlage, bei der Lösung humanitärer Probleme, bei der Sicherung der Grundrechte der Menschen, beim Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid und bei der Regelung aller Konflikte und Streitfragen Initiativen im Interesse der Menschheit ergreift. Geradezu folgerichtig machten deshalb kürzlich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in ihrer Prager Deklaration weitreichende Vorschläge zur Sicherung des Weltfriedens.

Clemens Judd

Am 31. Januar verteidigten die 4 Gewerkschaftsgruppen des IKK den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ zum zwölften Male erfolgreich.

Die Rechenschaftslegung, vorgelesen von den Vertretern der Gewerkschaftsgruppen, zeigte die umfangreichen Aktivitäten aller Arbeiter, Angestellten und Lehrkräfte des IKK im Jahr 1982 auf. Schwerpunkte der Abrechnung waren die Kontinuität der Erziehung und Ausbildung der Studierenden im Sportunterricht, die weitere Entwicklung des Freizeit- und Erholungsportes der Studenten und die Werbung von Mit-



Ehrentitel erfolgreich verteidigt

Gewerkschaftsgruppen des IKK mit guter Bilanz

gliedern für die HSG. Der Einsatz von Sportlehrern in Pionier- und Ferienlagern und im Winterlager der Studenten ergänzte diese Aktivitäten. Bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist die Steigerung der VMI-Stunden von 1750 Stunden im Jahre 1981 auf 2600 Stunden, die 1982 erbracht wurden, hervorzuhelien.

Die rege Diskussion, die in Form eines Erfahrungsaustausches der Gewerkschaftsgruppen geführt wurde, faßte der Leiter des Verteidigungsgremiums, CSaR, W. Kupper, Direktor des IKK, zusammen.

Der Direktor des IKK würdigte die erbrachten Leistungen der Mitarbeiter und wies darauf hin, daß in der zukünftigen Arbeit die weitere Qualitätsverbesserung des Unterrichts und speziell des Wehrsports im Vordergrund stehen müssen. Zu diesen Aufgaben werden am IKK Qualitätsmerkmale erarbeitet, die in die Wettbewerbsprogramme aufgenommen werden.

Neu bei der diesjährigen Titelverteidigung war die Wertung der Gewerkschaftsgruppen (Lehrgruppen), die folgende Rangfolge ergab: 1. Platz, Gew.-Gruppe 3; 2. Platz, Gew.-Gruppe 1; 3. Platz Gew.-Gr. 2. Gesondert gewertet wurde die Gew.-Gr. 4, die die technischen Mitarbeiter des IKK vereint.

Dr. W. Schacherl

Reservistenkollektiv mit neuem Kampfprogramm

Reservisten des Verwaltungsdirektorats berieten Aufgaben im Karl-Marx-Jahr

„Kampfposition X. Parteitag – für eine hohe Gefechtsbereitschaft! – Alles für das Wohl des Volkes!“ – unter diesem Motto stellte das Aktiv des Reservistenkollektives Verwaltungsdirektorats seine erste Beratung im Karl-Marx-Jahr.

Im Ergebnis eines instruktiven Erfahrungsaustausches und konstruktiven Meinungstreites über die erfolgversprechenden Methoden und Formen der politisch-ideologischen und wehrsportlichen Arbeit wurde ein Kampfprogramm zur Führung des sozialistischen Wettbewerbes des Reservistenkollektives im Ausbildungsjahr 1983 angenommen.

In der Beratung, zu der die Informationen des Verwaltungsdirektors über die Schwerpunkte und zu bewältigenden Probleme des Planjahres 1983 und der Bericht des Leiters des Reservistenkollektives zu den Ergebnissen des Ausbildungsjahres 1982 und Vorhaben im Jahr 1983 Grundlage waren, wurde von Mitgliedern der GO-Leitung, den Direktoren, Vertretern des Zentralen Reservistenkollektives der KNU und

den Reservisten aus allen Arbeitsbereichen eindeutig hervorgehoben, daß die zugespitzte internationale politische Situation angesichts vor allem der Hochrüstung der USA und der abenteuerlichen Pläne und

Manöver der NATO sowie die verschärften ökonomischen Bedingungen von jedem Reservisten hohe Leistungen abverlangten.

K. Peters, Leiter des Reservistenkollektives



Während der Beratung des Reservistenkollektives.

Foto: Müller

Vor 40 Jahren wurden die Geschwister Scholl ermordet

Ihr „Verbrechen“ war der Kampf gegen Naziterror, für Frieden und Demokratie

Flugblätter der „Weißen Rose“ setzten Signale für antifaschistischen Widerstandskampf

In der Chronik der Karl-Marx-Universität findet man unter dem Datum 20. Februar 1948 folgende Eintragung: „In einer würdigen Feierstunde gedenkt die Leipziger Studentenschaft ihrer vor fünf Jahren als unerschrockene Kämpfer gegen das verbrecherische Hitlerregime hingerichteten Münchener Kommilitonen Sophie und Hans Scholl. In seiner Ansprache ermahnt Prof. Dr. Markow die Studenten, nicht nur der Geschwister Scholl zu gedenken, sondern zugleich im Sinne aller ermordeten Antifaschisten zu handeln. Aus diesem Anlaß erhält das Universitätsgebäude 8 bis 10 in der Ritterstraße den Namen „Geschwister Scholl“-Haus. Im „Geschwister Scholl“-Haus befindet sich jetzt u. a. die Redaktion der „Universitätszeitung“.

Am 22. Februar jährt sich zum 40. Mal der Tag der Hinrichtung der Geschwister Scholl, Hans und Sophie Scholl waren Studenten an der Münchener Universität. Hans studierte Medizin, Sophie war Studentin der Philosophie und der Biologie.

Zusammen mit gleichgesinnten Studenten wie Wilhelm Graf Christoph Probst und Alexander Smoroll (später kam noch Prof. Huber hinzu) gaben sie die „Flugblät-

ter der Weißen Rose“ heraus. Sie haben sich nicht vor dem grausamen Naziterror in eine geistige Emigration geflüchtet, sondern haben politisch aktiv gehandelt, haben wirklichen Widerstand geleistet und dadurch mehr für das Ansehen der deutschen Wissenschaft geleistet als jene, die sich nur der Wissenschaft widmeten, ihrer Umwelt keine Aufmerksamkeit mehr schenkten und sich die Augen und Ohren zuhielten. Ihre Flugblätter sollten Signale sein, sollten zum Nachdenken provozieren, den vielen Isolierten im Lande ein Hinweis sein, daß sie nicht alleine sind, daß es viele gibt, die den Faschismus ablehnen und bekämpfen.

In einem Flugblatt hieß es: „Studentinnen und Studenten! Auf uns sieht das deutsche Volk! Von uns erwartet es, wie 1813 die Brechung des napoleonischen, so 1943 die Brechung des nationalsozialistischen Terrors aus der Macht des Gestes, Beresia und Stalingrad flammen im Osten auf, die Toten von Stalingrad beschwören uns! „Frisch auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen!“

So wie hier kommt in allen ihren Flugblättern ihr Ziel, Frieden, Beendigung des Krieges an allen Fronten, Ende des Naziterrors und

die Errichtung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands, zum Ausdruck. Doch sie waren sich auch der Grenzen ihrer Tätigkeit bewußt und bemühten sich so um Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen, um die Schaffung einer Aktionsfront aller am Widerstand gegen Hitler Beteiligten. Als die Lüge vom „deutschen Heldenkampf in Stalingrad“ über den Äther ging, wurde dies der letzte Anlaß für die damalige antifaschistische Widerstandsgruppe um die Geschwister Scholl, die bereits fertiggestellten Flugblätter von der Empore der Aula der Münchener Universität ins Auditorium fallen zu lassen.

Wegen ihres Kampfes gegen den Krieg des Naziregimes, für Freiheit und Humanität wurden sie von der Nazijustiz zum Tode verurteilt und am 22. Februar 1943 hingerichtet.

Die Vorgänge um die Geschwister Scholl sind noch längst nicht Vorgänge aus einer fernen Vergangenheit. Das kommt z. B. auch darin zum Ausdruck, daß nach Meinung des BRD-Bundessortdichters die von faschistischen Volksgerichtshof gegen die Geschwister Scholl verhängten Urteile auch heute noch gelten. Daher ist es heute mehr denn je unsere Aufgabe, nicht nur der Geschwister Scholl zu gedenken, sondern ihre Erfahrungen in unserem Kampf zu nutzen.